



# Die Deutsche Einheit: Erinnern – Anerkennen – Brücken bauen

Positionspapier der  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 19. März 2019

Vor 30 Jahren brachten die Deutschen in der DDR die Mauer zum Einsturz. Damit endete die jahrzehntelange bittere Teilung unseres Landes.

30 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit – ein Anlass zur Freude. Zeit, auf das Geleistete zurückzuschauen. Zeit, Bilanz zu ziehen. Zeit, nach vorne zu sehen: wie können wir, das deutsche Volk in Ost und West, auch zukünftig den Ruf „Wir sind ein Volk“ im Alltag mit Leben erfüllen?

30 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit – wir danken all denen, die trotz eines Lebens in der Unfreiheit der SED-Diktatur den Mut und die Kraft fanden, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und in friedlicher Weise die SED-Diktatur zu beenden.

30 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit – wir danken denen, die besonnen handelten, als sich Tausende und Abertausende in allen Teilen der ehemaligen DDR zum friedlichen Protest auf den Straßen versammelten. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 verlief anders. Dieser wurde mit Waffen der sowjetischen Armee brutal niedergeschlagen. Menschen verloren ihr Leben oder wurden massenweise inhaftiert. Deshalb ist die friedliche Revolution ein glückliches und historisch einzigartiges Ereignis.

CDU und CSU sind die Parteien, die in den Jahrzehnten der deutschen Teilung wie keine der anderen Parteien der alten Bundesrepublik unerschütterlich für die Wiederherstellung der Deutschen Einheit eingetreten sind. Die Union und insbesondere Helmut Kohl haben an diesem Ziel immer festgehalten. Es war der Mut vieler Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR, der die SED-Diktatur zum Einsturz brachte und damit den Weg in die Deutsche Einheit ebnete. Es sollte aber auch nicht vergessen werden, den zahllosen Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik zu danken, die die deutsche Teilung immer als inakzeptabel angesehen haben. Diese leisteten ohne Zögern und ohne zu fragen, was die Herstellung der Deutschen Einheit – nicht nur materiell - kostet, ihren Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West.

Was wäre geschehen, wenn diese Bereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland erloschen wäre? Die Deutschen in Ost und West können deshalb gleichermaßen stolz sein, dass sie die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes friedlich und geordnet erleben durften. Auf beiden Seiten waren Menschen aktiv, die den Aufbruch mit viel Mut, Lernbereitschaft, Entsaugungen und persönlichem Risiko gewagt haben.

Der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die Vollendung der inneren Einheit und die mahrende Erinnerung an das SED-Unrecht weiterhin ein wichtiges Anliegen. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag u. a. festgehalten: „Wir wollen die Erinnerungskultur und die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtregimes weiterentwickeln und die Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen im Einvernehmen mit den Ländern aufheben. Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die früheren DDR-Heimkinder verbessert werden können.“

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben wir bereits viele wichtige politische Entscheidungen getroffen. Dazu gehören die Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes, die Schaffung der Stasiunterlagenbehörde, die Beratung und Beschlussfassung in zwei Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Gründung der Bundesstiftung Aufarbeitung, die Einführung einer SED-Opferrente, die Schaffung des DDR-Heimkinderfonds, die Verabschiedung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die Schaffung eines Zeitzeugenbüros des Bundes und die Durchführung des Projektes zur Rekonstruktion von Stasiakten.

Bei allem Erfolg und aller Freude über das Erreichte müssen wir uns aber auch selbstkritisch fragen, ob wir die individuellen Biographien der Bürgerinnen und Bürgern in der ehemaligen DDR und in der Nachwendzeit ausreichend berücksichtigt und ihnen angemessenen Respekt entgegengebracht haben. Die Wiedervereinigung stellte Menschen auch vor Herausforderungen und führte zum Bruch von Biographien.

Etliche Aufträge für Aufarbeitung und Gedenken sind im Koalitionsvertrag festgehalten. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag will, dass Erinnerung, Aufarbeitung und Wiedergutmachung auch nach dreißig Jahren nicht an Bedeutung für unsere Gesellschaft verlieren.

Kommende Generationen sollen erfahren, wohin die SED-Diktatur geführt hat. Sie sollen wissen, wie notwendig es ist, für Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. Deshalb sind Opposition und Widerstand in der ehemaligen DDR stärker zu würdigen.

Wir wollen, dass den Menschen, die in der SED-Diktatur Unrecht erfahren haben, individuell im Rahmen des Möglichen geholfen wird. Der Respekt vor den Betroffenen gebietet es, es nicht bei Jubiläen zu belassen, sondern da zu helfen, wo Hilfe machbar und nötig ist.

**Deshalb sprechen wir uns als CDU/CSU-Fraktion dafür aus:**

1. die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze unverzüglich vorzunehmen,
2. die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS anhand der Akten des Stasi-Unterlagen Archivs dauerhaft zu ermöglichen,
3. Kindern und Jugendlichen, die auf Grund politischer Verfolgung der Eltern in Heime eingewiesen wurden, die Rehabilitierung zu ermöglichen,
4. Kindern und Jugendlichen, die in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht wurden, um sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten umzuziehen“, die Rehabilitierung zu ermöglichen,
5. bei der besonderen Zuwendung für Haftopfer gemäß § 17a StrRehaG und den Ausgleichsleitungen nach dem § 8 BerRehaG eine kontinuierliche Dynamisierung zu prüfen – analog der laufenden Beihilfen in Fällen eines erschwerten Verfolgungsschicksals für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung,
6. zu prüfen, wie darüber hinaus die soziale Lage anerkannter politisch Verfolgter verbessert werden kann,
7. das Amt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) zu einem unabhängigen Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur weiterzuentwickeln,
8. einen Härtefallfonds „SED-Unrecht“ einzurichten,
9. das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv mit Außenstellen in den neuen Ländern bei verbessertem Zugang zu den Akten zu sichern und zwar im Benehmen mit den Opferverbänden,
10. ein Archivzentrum zur SED-Diktatur auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zeitnah zu errichten,
11. das Projekt, die zerrissenen Akten („Schnipsel“) des MfS auf elektronischem Weg zu rekonstruieren, fortzuführen,

12. zur qualifizierten Begutachtung der Langzeitfolgen aufgrund erlittener Repressionen bei SED-Opfern ein medizinisches Kompetenzzentrum einzurichten, das auch erforderliche Behandlungen koordiniert,
13. die reguläre Forschung und Lehre zu kommunistischen Diktaturen, insbesondere zu Repressionen und ihren langfristigen Folgen, an dem akademischen Einrichtungen weiter zu stärken,
14. die Forschung zur Zwangsadoption und den unter staatlicher Verantwortung gestohlenen Kindern in der ehemaligen DDR zu intensivieren,
15. ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland zu schaffen,
16. die in der ehemaligen DDR verbreitete völkerrechtlich geächtete Zwangsarbeit in den Gefängnissen weiter aufzuklären,
17. eine Dauerausstellung sowie ein virtuelles Zeitzeugenarchiv zur Oppositions- und Widerstandsgeschichte über den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1990 zu schaffen und dabei die Bestände des Archivs der DDR-Opposition zu integrieren,
18. Gedenkstätten mit authentischer Zeitzeugenarbeit zu stärken, auch um Versuchen, SED-Unrecht zu relativieren, entgegenzutreten,
19. die Entwicklung und den Einsatz moderner digitaler Vermittlungsinstrumente in der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätten auszubauen und zu fördern,
20. die Ergebnisse der vom BMBF geförderten „Forschungsverbände DDR-Geschichte“ wie vorgesehen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insbesondere sollten sie in Schulbücher und Lehrinhalte einfließen, um junge Menschen frühzeitig für das Unrecht des SED-Regimes zu sensibilisieren,
21. dem Gedenken und den Lehren aus den Diktaturen öffentlich wirksam Raum zu verschaffen. Insbesondere auf einen angemessenen Platz in den Lehrplänen hinzuwirken und Wissen über die beiden deutschen Diktaturen zu einem möglichen Prüfungsanteil zu machen. Wissen über die SED-Diktatur, Widerstand und Überwindung audiovisuell und niederschwellig auf modernen, digitalen Verbreitungsmöglichkeiten kommenden Generationen anbieten.

Die CDU/CSU-Fraktion ist fest entschlossen, den Prozess der inneren Einheit unseres Landes weiter voranzubringen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, an diesem Prozess mitzuwirken. Der Platz eines demokratisch und wirtschaftlich starken Deutschlands ist an der Seite derer, die sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin